

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **02. November 2021** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **20.10** Uhr)

im **Gemeindesaal ev. Kirchengemeinde Neureut Nord,
Kirchfeldstraße 149, 76149 Karlsruhe-Neureut**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Achim Weinbrecht**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **19** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Claudius Kirchenbauer (V)

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Thomas Jäger
Rechnungsamtsleiter Axel Grether**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass
1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **22.10.2021** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **28.10.2021** ortsüblich
bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen
Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert
mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Zu Punkt 1 der T.O.: **Beratung des Ortsteilhaushaltsplans 2022/2023 für Neureut (investiver Finanzhaushalt mit IP)**

Einleitend weist der Vorsitzende darauf hin, dass er mit der dem Ortschaftsrat überlassenen Vorlage und dem beigefügten Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2022/2023 für Neureut kurz die zentralen Punkte der Haushaltsberatungen erläutern und anschließend mit den offiziellen Etatreden der Fraktionen beginnen möchte.

Die anhaltende Situation der Corona Pandemie beeinflusse weiterhin das gesellschaftliche Leben, sowie das tägliche Miteinander. „Auch die Haushaltsberatungen für 2022/2023 waren, wie bereits im Jahr 2021, von der Pandemie geprägt. Allerdings stellt die Corona Pandemie nicht allein die Ursache für die angespannte kommunale Haushaltslage dar. Sowohl der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, Dr. Frank Mentrup, als auch die Finanzdezernentin Gabriele Luczak-Schwarz betonten in ihren Haushaltsreden den wachsenden Druck, sowie die zukünftigen Herausforderungen auf die kommunale Haushaltslage. Speziell in den Bereichen der Mobilität, der Kinderbetreuungseinrichtungen und für den sozialen Zusammenhalt wird dies deutlich sichtbar. Die Haushaltsplanung für die Haushaltsjahre 2022/2023 sind stark von diesen Auswirkungen beeinflusst, weshalb von der Stadtkämmerei ein Haushaltssicherungskonzept verabschiedet wurde. Die aktuellen sowie die zukünftigen Haushaltsjahre sind daher von Sparmaßnahmen geprägt, die ein unüberlegtes Handeln, ohne vorherige Priorisierung nicht zulassen.

Die zuvor genannten Entwicklungen spielten auch bei den Beratungen des Haushaltsplans Neureut eine bedeutende Rolle. Der Ortschaftsrat hatte in verschiedenen Ortschaftsratsitzungen seit Februar 2021 grundsätzliche Überlegungen für investive Maßnahmen in Neureut angestellt. Hierzu freut es mich sehr, dass trotz der schwierigen Haushaltslage wichtige Maßnahmen weiter umgesetzt werden, wie z.B. die Sanierung unserer Badnerlandhalle und die Umbaumaßnahmen am Schulzentrum Neureut. Außerdem wurden auch neu Maßnahmen beschlossen, wie beispielsweise die Ausstattung und Gestaltung unserer Kinderspielplätze und Grünanlagen, die Maßnahmen in Bezug auf die Verkehrsinfrastruktur oder Bereitstellung finanzieller Mittel für die Neureuter Schulen, die einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung und Sicherung unserer Infrastruktur und der Bildung in Neureut darstellen. Zum Schluss darf ich noch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Erstellung des Teilhaushaltsplanes mitgewirkt haben einen großen Dank, hier an Rechnungsamtsleiter Axel Grether sowie Jana Weinbrecht, aussprechen“.

Danach erteilt der Vorsitzende den Sprechenden der Fraktionen in der festgelegten Reihenfolge das Wort.

Für die **CDU-Ortschaftsratsfraktion** führt deren **Vorsitzender Karsten Lamprecht** aus: „Sehr geehrter Herr Ortsvorsteher, Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Sehr geehrte Damen und Herren, die Corona Pandemie beschäftigt uns nun seit eineinhalb Jahren und stellt die größte gesellschaftliche Herausforderung seit Jahrzehnten dar. An viele Dinge, die unser tägliches Leben beeinflussen, haben wir uns in der Zwischenzeit gewöhnt oder einfach gelernt, mit umzugehen. Jedoch bedeuten die einzelnen Auswirkungen nach wie vor große Belastungen und auch Verzicht auf manches lieb Gewonnene. Aber in dieser schwierigen Phase ist es wichtig, dass wir alle gemeinsam diese Krise bewältigen und vor allem gegenseitig Rücksicht nehmen.

Auch die Kommunen und wir als deren Kommunalpolitiker müssen mit der großen Herausforderung umgehen, dass Steuereinnahmen sinken und die Belastungen der Haushalte nochmals deutlich angestiegen sind. Der Entwurf sieht im Gesamtergebnis ein Minus von 74,6 Millionen für 2022 und von 64,3 Millionen für 2023 vor. Diese Entwicklung ist nicht allein auf die Pandemie zurückzuführen, sondern auf eine strukturelle Schieflage im Ergebnishaushalt, auf die ich für die CDU-Fraktion schon seit Jahren hinweise.

Die Konsequenz aus diesem negativen Ergebnis und bei gleichzeitig weiterhin hohen Investitionen ist, dass die Stadt eine zusätzliche Kreditaufnahme von zusammen 573 Millionen Euro für beide Jahre einplanen muss. Mit dieser zusätzlichen Verschuldung in nur zwei Jahren steigern wir die Gesamtschulden auf über 1 Milliarde Euro zum Jahresende 2023.

Um eine Verbesserung im Ergebnishaushalt zu erreichen, wurde von Seiten der Verwaltung eine Reihe an Punkten erarbeitet, um Kosten einzusparen, die wir auch sehr begrüßen, da sie auch dringend notwendig sind. Im gleichen Atemzug schlägt die Verwaltung aber auch Maßnahmen vor, um die Erträge der Stadt zu erhöhen. Es ist sicher notwendig und richtig zu versuchen, auch die Einnahmen der Stadt zu erhöhen. Jedoch halten wir diesen Weg für falsch und lehnen daher sowohl die Erhöhung der Gewerbesteuer als auch der Grundsteuer ab!

Es kann meiner Meinung nach nicht sein, dass Unternehmen, die in dieser Pandemie mit den unterschiedlichsten Herausforderungen haben umgehen müssen, die verschiedene Schwierigkeiten gemeistert und dabei die Arbeitsplätze in Karlsruhe erhalten haben, mit dieser Steuer zusätzlich belastet werden. Zielführender wäre es, dass Karlsruhe oder auch Neureut die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, damit Gewerbetreibende mehr Arbeitsplätze schaffen, um damit zusätzliche Gewerbesteuereinnahmen zu generieren. Aus diesem Grund fordern wir schon seit Jahren die Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes Gottesauer Feld und haben erst in der letzten Sitzung nochmals darauf gedrängt, das Planungsverfahren zu beschleunigen.

Seit Jahren setzen sich alle Fraktionen in Karlsruhe, im Land und im Bund für ausreichend und vor allem auch für bezahlbaren Wohnraum ein. Jetzt die Grundsteuer zu erhöhen, ist absolut kontraproduktiv, denn diese ist 1 zu 1 auf die Miete umlegbar und wird die Mieten noch weiter in die Höhe treiben. Hier fordern wir auch seit Jahren, dass die Planungsverfahren für neue Wohngebiete, wie etwa das Zentrum III, beschleunigt werden müssen und die Hürden und Auflagen für die Erweiterung und der Neubau von Wohnimmobilien gesenkt werden müssen.

Das strukturelle Defizit des Ergebnishaushaltes sowie die Investitionen stellen die Stadt in den nächsten Jahren vor eine Herkulesaufgabe. In dieser Situation halten wir es für richtig, dass ausschließlich Fortsetzungsmaßnahmen und keine neuen

Projekte aufgenommen sowie zahlreiche Sockelbeträge gekürzt wurden. Insbesondere muss man sich in dieser finanziellen Situation aber die Frage nach der Qualität und Sinnhaftigkeit der Baustandards stellen, denn in den letzten Jahren wurden dort immer wieder sogenannte „Gold Standards“ vom Gemeinderat mehrheitlich beschlossen. Gerade in der schwierigen Lage durch die Pandemie und den bereits angesprochenen Auswirkungen, sowie den zu erwartenden Belastungen, müssen sich der Oberbürgermeister und die Stadträte die Frage gefallen lassen, ob weitere Investitionen in diesem Umfang in den Folgejahren noch vertretbar sind.

In diesen schwierigen Zeiten ist es umso wichtiger, dass jedem einzelnen Kommunalpolitiker klar ist, wie wichtig es ist, einen ausgeglichenen, generationengerechten Haushalt aufzustellen und nicht weitere Schulden aufzubauen. Die Politik steht nicht nur in der Verantwortung gegenüber den Bürgern bzw. Wählern, die momentan in ihrem Wahlkreis leben, sondern vor allem auch gegenüber den zukünftigen Generationen.

Das Thema Haushaltsstabilisierung wird zur Mammutaufgabe, bei der es besonders auf Kontinuität, Standhaftigkeit und Überzeugungskraft ankommt.

Daher ist insbesondere der Oberbürgermeister zusammen mit seinen Dezernenten und der Verwaltung angehalten, keine neuen Begehrlichkeiten zu wecken, sondern konstruktiv zu priorisieren, sich eventuell von Aufgaben zu trennen und dies offen nach außen zu kommunizieren, um die selbstgesteckten Ziele auch über den Haushalt 2022/23 hinaus zu erreichen.

Aus diesem Grund ist es gerade auch für uns im Ortschaftsrat von Neureut wichtig, nicht nur Wünsche zu artikulieren, sondern diese gegenüber dem Bedarf und der Notwendigkeit abzuwägen um nach genauer Beurteilung die wichtigsten Punkte in den Haushalt einzubringen. Dies haben wir auch für diesen Haushalt wieder in zahlreichen Gesprächen und Sitzungen getan.

In unserem Teilhaushalt für Neureut haben wir auch die Vorgaben umgesetzt und es werden nur die bereits begonnen Baumaßnahmen im Schulzentrum Neureut (Umbau und Modernisierung der NWT-Räume und Brandschutzmaßnahmen) mit 4,8 Millionen in 2022 und 5,2 Millionen in 2023, sowie die Brandschutzsanierung der Badnerlandhalle mit 1,2 Millionen in den beiden Jahren fortgesetzt und in den Haushalt aufgenommen.

Zusätzlich werden wir noch rund eine halbe Million für den Ausbau des IT-Netzes, der Netzwerkkomponenten und die IT-Ausstattung den verschiedenen Neureuter Schulen zur Verfügung stellen. Der Lockdown hat uns allen gezeigt, wie wichtig es ist für digitale Unterrichtsformen gut aufgestellt zu sein.

Die Mittel für die Bauunterhaltung der Schulen und Kindergärten, sowie der weiteren städtischen Gebäude in Neureut sind im Teilhaushalt Hochbau und Gebäudewirtschaft erfasst.

Beim intensiven Blick auf die Zahlen fallen immer wieder die Mittel der Investitionspauschale auf. In allen Haushaltsberatungen, insbesondere heute, muss ich auch dieses Jahr wieder darauf aufmerksam machen, dass diese 16 € pro Einwohner, die sich im Haushalt auf 280.160 € belaufen, keine zusätzlichen Gelder sind, die dem Ortschaftsrat zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich hierbei um Mittel, die aus den Budgets der einzelnen Fachämter herausgebrochen werden. Die Besonderheit hierbei besteht darin, dass die Mittel nicht anonym aus einem städtischen Amt verwaltet werden, sondern gezielt vom Ortschaftsrat für Neureut eingesetzt werden können. Aber auch hier ist es unabdingbar zu sparen und einen Beitrag für die gesamtstädtische Situation zu leisten, daher tragen wir die Kürzung von 10% bei der Investitionspauschale mit. Mit diesen Geldern wird die EDV Ausstattung im Rathaus, die Erneuerung von Straßenbeleuchtungen oder auch der Austausch von Spielgeräte auf unseren Kinderspielplätzen finanziert.

Auch bei der Freiwilligen Feuerwehr ersetzen wir über die Investitionspauschale Geräte, um die Einsatzfähigkeit der Kameraden zu gewährleisten.

Sehr geehrte Damen und Herren, in diesem Jahr liegt uns ein Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2022/2023 zur Beratung und Beschlussfassung vor. Hierfür gilt unser besonderer Dank unserem Rechnungsamtsleiter Axel Grether und seinem Team. Die Einnahmen und Ausgaben sind detailliert aufgelistet und die Zahlen sind in gewohnter Weise vorbildlich aufbereitet und zur Verfügung gestellt.

Ein Dank möchte an dieser Stelle auch allen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern sagen, die mit Ihrem Engagement viele städtische Aufgaben übernehmen und unterstützen. Sei es bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Sport, in der Kultur oder im Sozialbereich. Dies verdient gerade in unserer heutigen schnelllebigen Zeit unsere besondere Wertschätzung.

Nach diesen Zahlen und dem Dank möchte ich noch trotz oder sogar gerade aus Sicht der angespannten Finanzsituation auf einige Themen eingehen, die Neureut in den nächsten Jahren prägen und beeinflussen werden.

Durch den gemeinsamen Einsatz aller Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräten ist es gelungen, den Neubau eines attraktiven Familienbades, welches auch von unseren Schulen und Vereinen genutzt werden kann, in der Fortschreibung des Bäderkonzeptes zu verankern. Aufgrund der Finanzen sehen wir es als unabdingbar, dass auch unser Vorschlag, eine Umsetzung des Badneubaus in Verknüpfung mit der Überbauung des Festplatzes, durch einen Projektentwickler wie z. B. der Volkswohnung zu realisieren, damit der städtische Haushalt nicht zusätzlich belastet wird.

Der Rahmenplan für das Zentrum III ist beschlossen und die Entwicklung des Gebiets geht in die nächste Phase, hierbei ist es besonders wichtig, dass wir als Ortschaftsrat, als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Neureuter Bürger, die Entwicklung begleiten und darauf achten, dass zeitgleich auch die benötigte Infrastruktur im Gebiet rechtzeitig zur Verfügung steht. So muss die Planung für Kindergärten, Schulen, für altersgerechtes Wohnen, aber auch das eben erwähnte Bad, in diesem Gebiet frühzeitig auf den Weg gebracht werden. Ich hatte bereits zu Beginn meiner Rede darauf hingewiesen, dass es für Karlsruhe wichtig ist, neue Wohngebiete auszuweisen, um die Einnahmensituation zu verbessern.

Der Klimaschutz ist eines der wichtigsten Themen der Zukunft auch für unser Neureut, deshalb begrüßen wir außerordentlich die Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes zwischen der Badnerlandhalle und dem Heidesee. Wir wollen in Zukunft vor allem Maßnahmen fördern, die ressourcenschonend, klimaneutral sein sollen aber auch zielführend, realisierbar und vor allem finanzierbar sind.

Da es mittlerweile feststeht, dass eine 2. Rheinbrücke kommen wird, ist es besonders wichtig, dass es uns gelingt, die Anbindung an die B36 nördlich der Welschneureuter Straße zu realisieren. Auch wenn die Planungen und Gutachten leider momentan einen Anschluss an die Welschneureuter Straße vorsehen, werden wir alles uns Mögliche unternehmen, um dies zu verhindern.

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Schluss möchte ich, nachdem ich Ihnen schon einiges über die anstehenden Entwicklungen in Neureut berichtet habe, auch noch auf die Zukunft der Ortsverwaltung und des Ortschaftsrates eingehen.

Wir sehen es als unabdingbar an, über die Fortschreibung des Eingemeindungsvertrages und der Ortschaftsverfassung zu beraten. Gerade aufgrund der heute aufgezeigten, anstehenden, großen Entwicklungen in Neureut, ist es wichtig, dass es auch in Zukunft eine leistungsfähige Verwaltung und einen starken Ortschaftsrat gibt, der sich für Belange und Interessen der Neureuter Bürgerinnen und Bürger einsetzt. Der Oberbürgermeister hat bereits zugesagt, dass hierzu zeitnah erste Gespräche geführt werden, die CDU-Fraktion freut sich auf die

Gespräche und die damit verbundene weiterhin gute Zusammenarbeit mit der gesamten Verwaltung.

Die CDU-Fraktion stimmt dem vorliegenden Entwurf für den Ortsteilhaushalt Neureut zu. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Karsten Lamprecht, CDU – Fraktionsvorsitzender.“

Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktionsvorsitzender Hubert Kast meint in seiner Stellungnahme zum vorliegenden Haushaltsentwurf: „Die Fraktion „Bündnis 90 / die Grünen“ im Ortschaftsrat Neureut bedankt sich bei der Ortsverwaltung, insbesondere bei Ortskämmerer Axel Grether, für die Aufstellung des Ortsteil-Haushaltsplans für 2022/2023! Die Aufstellung des Haushaltsplans war wieder eine Herausforderung für unseren Ortskämmerer: da die Stadt wegen der COVID-19-Pandemie deutliche Einnahmeausfälle hinnehmen muss, wurde von der Stadtkämmerei „Sparen“ verordnet, was sich darin auswirkt, dass für manche Teilhaushalte die Mittel um 10% gekürzt wurden.

Um 10% wurde auch die Investitionspauschale, kurz „IP-Mittel“, gekürzt: das trifft uns besonders, da die IP-Mittel immer genutzt wurden, um nützliche Investitionen für Neureut tätigen zu können.

Das „Spardiktat“ der Stadtkämmerei verlangt auch, dass in 2022 und 2023 keinen neuen Bau- und Sanierungsprojekte begonnen werden, schon laufende und genehmigte Projekte werden aber weiterhin wie plant finanziert, unter diese „Fortführungsmaßnahmen“ fallen Schulzentrum und Badnerlandhalle.

Wir sind froh darüber, dass trotz der Sparzwänge in die Neureuter Schulen, für die Zukunft unserer Kinder, kräftig investiert wird.

Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine gut funktionierende IT-Infrastruktur ist. Die Ausstattung der Neureuter Schulen mit gutem WLAN, mit PCs/Tablets für die Lehrenden und Schüler*Innen und mit Lern-Software ist dringend notwendig, jeder an dieser Stelle gesparte Euro wäre falsch! Deshalb sind wir sehr froh, dass weiterhin Mittel für die IT-Ausstattung an unseren Schulen bereitgestellt werden.

Notwendige Maßnahmen für Sanierung und Brandschutz werden wie geplant durchgeführt werden. Wie wir schon letztes Jahr angemahnt haben, steht bei der Sanierung des Schulzentrums der Klimaschutz hintenan: es ist kein einziger Euro ausgewiesen, der für energetische Sanierung, weitere PV auf den Dächern, Regenwassernutzung und ähnliches verwendet wird! Heutzutage, wo der Klimawandel schon überall sichtbar wird, ein sträfliches Versäumnis! Die Stadt Karlsruhe hat Mittel für das „Klimaschutzkonzept 2030“ reserviert, vielleicht ist es möglich, dass aus diesem Topf Mittel bereitgestellt werden, um am Schulzentrum Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen.

Es muss gespart werden, neues kann verschoben werden, bis wieder mehr Mittel zur Verfügung stehen. Umso wichtiger ist es, dass das schon bestehende gepflegt wird: es werden Gelder für die Pflege und Sanierung von Kinderspielplätzen und Grünanlagen eingeplant, auch die Pflege der Friedhöfe kommt nicht zu kurz. Allerdings, und das betrifft nicht nur diese Position im Haushaltsplan, sind die Mittel für 2022 geringer als für 2021 und werden in 2023 weiter reduziert. Hier muss der Ortschaftsrat aufpassen, dass nicht unnötigerweise ein Sanierungsstau aufgebaut wird, der dann zu deutlich teureren Investitionen führt.

Auch die Neureuter freiwillige Feuerwehr bekommt Mittel zugewiesen, damit ihre Einsatzbereitschaft erhalten bleibt: wir alle sind froh über eine gut funktionierende Feuerwehr und hoffen, dass wir sie nie benötigen werden!

Ein breites Angebot an Musik, Kunst, Sport ist wichtig, nicht nur für uns Erwachsene, sondern noch mehr für unsere Kinder!

Die Zuschüsse für die Neureuter Sportvereine werden nicht im Teilhaushalt von Neureut aufgelistet, da die Sportvereine über die Sportbünde bezuschusst werden.

Hier stellt sich die Frage, ob diese Mittel ausreichend sind. Deshalb sind wir der Meinung, dass noch nicht verplante IP-Mittel genutzt werden sollten, um die Neureuter Sportvereine zu unterstützen, die unter der COVID-19-Pandemie sehr zu leiden haben.

Der Haushaltsplan 2022/2023 zeigt, dass der Musikschule IP-Mittel zugewiesen sind – ich hoffe, es sind genügend Mittel - um ihren Betrieb aufrecht halten zu können. Dies ist richtig und wichtig, da ein kulturelles Angebot für ein lebenswertes Neureut eminent wichtig ist. Für die zukünftige Kooperation der JugendMusikSchule mit dem KONS müssen wir Sorge tragen, dass der JMS als kleinerem Partner nicht die Mittel entzogen werden.

Ein Punkt im Haushaltsplan 2022/2023 ist besonders erwähnenswert: für das Jahr 2023 sind Gelder eingeplant, um vorbereitende Entwässerungsmaßnahmen für das neue Gewerbegebiet „Gottesauer Feld“ und das „Zentrum III“ durchzuführen. Wir begrüßen es, dass trotz der Sparzwänge in die Zukunft Neureuts investiert wird!

„Sparen“ zieht sich wie ein roter Faden durch den Haushaltsplan, aber sollten noch freie IP-Mittel zur Verfügung stehen, dann würden wir Grünen es sehr begrüßen, wenn diese Mittel für mehr Klimaschutz hier in Neureut ausgegeben werden: z.B. für die Pflanzung von klimaresistenten Bäumen in Neureuter Grünanlagen.

Zuletzt ... ein großer Teilhaushalt ist der „Tiefbau“, oder eher „Straßenbau“: wir Grünen schauen uns die Ausgaben für Straßenbau immer genau an und prüfen, ob auch genügend Mittel für den nicht-motorisierten Verkehr bereitgestellt werden.

Nachdem das Stadtplanungsamt fast ein Jahr lang „vergessen“ hatte, die im Radwegekonzept vorgeschlagenen Maßnahmen zu prüfen, wurde dem OR eine baldige Bearbeitung zugesichert. Wir hoffen, dass diese Maßnahmen dann aus Geldmangel nicht umgesetzt werden, denn allen diesen Maßnahmen gemein ist, dass sie viel weniger kosten, als für vergleichbare Maßnahmen für den KFZ-Verkehr aufgewendet werden müssen ... auch dieses Beispiel zeigt, wie durch Umdenken und durch Ändern des eigenen Verhaltens „öfters mal das Auto stehen lassen und das Fahrrad benutzen“ viel Geld eingespart werden kann!

Es werden für beide Jahre zusammen 30.000,-€ bereitgestellt, für neue Straßenbeleuchtung und um bestehende Beleuchtung zu sanieren. Wie wir wissen, wird dabei auf energiesparende LED-Beleuchtung umgestellt, was wir im Sinne des Klimaschutzes und des Insektenschutzes sehr begrüßen. Eine Anmerkung hierzu: im Haushaltsjahr 2021 waren es noch 30T€ für ein Jahr, der Grund für die Reduzierung sind die geringeren IP-Mittel.

Die Aufwendungen für die Erstellung von neuem Grün im Straßenraum in Höhe von 10.000,-€ erscheinen wenig, aber auch eine einfache Blumenwiese sieht sehr schön aus und schafft Lebensraum für Bienen und Insekten.

Um den Erhaltungsaufwand für Straßen zu verringern, könnte man überlegen, ob man die Straßen nicht besser schonen könnte! Ein probates Mittel hierfür ist eine Absenkung der gefahrenen Geschwindigkeit, auf viel befahrenen Straßen sollte man ein Tempolimit einrichten. Bei anderen Verkehrsinfrastrukturen wie der Bahn wird schon lange so vorgegangen!

Nicht nur aus diesem Grund, der Schonung der Straßen, brauchen wir ein allgemeines Tempolimit von 30km/h auf innerörtlichen Straßen, auch wegen Lärm, CO₂-Ausstoß, Abgasen und nicht zuletzt der Sicherheit der zu Fuß gehenden und der Radfahrenden! Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich aus genau diesen Gründen ein Tempolimit, leider ist unsere Bundesverkehrspolitik noch nicht so weit, dass die Verantwortung für innerstädtischen Verkehr mehr in die Hände der Kommunen gelegt wird.

Ein weiteres, großes Straßenbauprojekt, das das Leben in Neureut verändern wird, ist die zweite Rheinbrücke und die Querspange zur B36. Wir Grünen sind der Ansicht, dass diese total unnötigen Straßenbauprojekte in der heutigen Zeit ein völlig falsches Zeichen setzen: wir brauchen nicht noch mehr Straßen, die schützenswertes Gelände zerstören und die immer mehr KFZ-Verkehr generieren, mit den ganzen daraus resultierenden Schäden für das Klima.

Für diese Straßenprojekte sind für Neureut und Karlsruhe noch, ich betone „noch“, keine Kosten entstanden. Aber wenn die Rheinbrücke und die Querspange doch gebaut werden sollte, dann wird der Verkehr um Neureut herum zunehmen und leider auch der Schleichverkehr durch Neureut hindurch. Um diesen Schleichverkehr zu verhindern, wird es bauliche Veränderungen geben müssen, die aber dann von uns Neureutern zu tragen sind! Wir haben dann nicht nur unten im Tiefgestade Straßen, die wir nicht wollen, wir werden auch noch eine Zunahme des Schleichverkehrs durch Neureut bekommen, von dem niemand begeistert sein wird, und zuletzt müssen für die Verkehrsverhinderung und Verkehrslenkung Mittel aufgebracht werden. Diese Mittel wären im ÖPNV deutlich besser eingesetzt!

Wir finden, dass uns ein stimmiger Haushaltsplan 2022/2023 präsentiert wurde, der in Anbetracht der schwierigen Zeiten mit Umsicht und Augenmaß erstellt wurde. Den verordneten Sparzwang kann man an allen Stellen finden, hoffen wir für die Zukunft, dass die finanzielle Lage der Stadt nicht noch dramatischer wird und es in den Folgejahren Einschnitte geben wird, die sehr schmerzhaft sein werden.

Nochmals vielen Dank an unseren Ortskämmerer Axel Grether für seine Mühe!“

Vorsitzende Barbara Rohrhuber erläutert für die **SPD-Fraktion**: „Sehr geehrter Herr Ortsvorsteher, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste einschließlich der VertreterInnen der Presse.

Zunächst möchte ich mich im Namen der SPD - Fraktion bei dem Neureuter Ortsvorsteher Achim Weinbrecht und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ortsverwaltung bedanken, die uns gut durch das vergangene Jahr der Pandemie gelotst haben unter teilweise schwierigen Bedingungen. Besonders wertvoll war die Organisation des Impfzentrums und der eintägigen Impfkation durch die Neureuter Ärztinnen und Ärzte jeweils in der Badnerlandhalle. Allen hierfür Verantwortlichen danken wir nochmals herzlich und ebenso allen Engagierten in Kirchen, Kitas, Schulen und in den Neureuter Vereinen, die das vergangene Jahr vor besondere Herausforderungen stellte.

Für den kommenden Doppelhaushalt der Stadt Karlsruhe und auch für die nachfolgenden Jahre heißt es, den Gürtel sehr viel enger zu schnallen.

Die kritische Finanzsituation der Stadt Karlsruhe zwingt nach Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup dazu, zu priorisieren, neu zu standardisieren, zu evaluieren und in einer unvorstellbaren Weise bis auf wenige Ausnahmen zu reduzieren. Durch ein Haushaltssicherungskonzept und durch Bewirtschaftungsgrundsätze für den Ergebnishaushalt sei bereits im Februar 2021 festgelegt worden, dass es keine Ausweitung der Fachbudgets mehr geben könne. Eine Ausnahme bilden jeweils 30 neue und notwendige Stellen pro Jahr im Bereich Kinderbetreuung und Klimaschutz. Besonders negativ haben sich Einnahmerückgänge wegen der Pandemie bei den Bädern, dem Badischen Staatstheater und beim ÖPNV mit seinem auch strukturellen Defizit bemerkbar gemacht.

Gesamt- und Prokopfverschuldung waren von 2011 bis 2018 gleichbleibend bis rückläufig und entwickeln sich laut Prognose in den Jahren von 2020 bis 2026 exponentiell. Die Gesamtverschuldung betrug in 2018 noch 152 Millionen und soll bis 2026 auf 1,53 Milliarden anwachsen.

Allein in den beiden kommenden Haushaltsjahren sind Investitionen in Höhe von 600 Millionen für die Durchführung bereits begonnener und geplanter Projekte vorgesehen, neue Projekte können deshalb laut OB Dr. Mentrup nicht mehr eingeplant werden.

Die Coronapandemie habe dabei nur als Beschleuniger für die strukturell problematische Haushaltslage fungiert, in vorbildlicher Weise habe das Land den prognostizierten Gewerbesteuerausfall für 2020 kompensiert und die Höhe der Zahlungen aus dem kommunalen Finanzausgleich nicht reduziert.

Karlsruhe kann sich auf und über neue Errungenschaften freuen, egal ob Kombilösung, Neubauten im Klinikum und Wildparkstadion, den bereits begonnenen Umbau des Staatstheaters und vieles mehr.

In Neureut können wir Ende dieser Woche die TG -Turnhalle feierlich einweihen, gratulieren dem Verein zu diesem funktionalen und schönen Gebäude und danken allen Verantwortlichen, stellvertretend dem Ehrenvorsitzenden Ole Reher und den aktuellen Vorsitzenden Martina Weinbrecht und Andreas Merz für ihr großes Engagement.

Mit der Umgestaltung des Nordfriedhofes in den Hermann-Meinzer-Park wird die Mitte Neureuts eine weitere Bereicherung erhalten. Die jetzige Planung ist naturnah, erhält große Bäume, baut Wege zurück und wird einladender Aufenthaltsort, der auch Raum für passende Veranstaltungen bieten kann. Für den vom Ortschaftsrat gewünschten Zierbrunnen wird nun Wasser vorhanden sein und wir hoffen, dass der Brunnen auch durch Sponsoren und durch Unterstützung seitens der europäischen Brunnengesellschaft in nicht allzu ferner Zukunft realisiert wird.

Im Haushaltsplan 2022/2023 sind bereits Kosten für die Kanalisation im künftigen Gewerbegebiet Gottesauerfeld und im Bereich Zentrum III vorgesehen, die Bebauungsplanung rückt also näher und stellt für das Gottesauer Feld klima- und ressourcenschonende Vorgaben in Aussicht. Wann dort das Rettungszentrum geplant und realisiert werden kann, ist bei der aktuellen Haushaltslage ungewiss.

Für die Finanzierung des notwendigen Badneubaus auf dem Festplatz sind die städtischen Investitionsmöglichkeiten in den nächsten Jahren begrenzt. Daher erscheint die vorgeschlagene Zusammenarbeit mit der Volkswohnung zur Vermarktung des Festplatzes und zum Neubau des Bades zielführend. Das Neubaugebiet wird eine neue Schule und ein Jugendzentrum benötigen.

Nun noch einige Anmerkungen zum Neureuter Ortsteilhaushaltsplan für 2022/2023: Herzlichen Dank an Axel Grether, den Leiter unseres Rechnungsamtes, der den Haushaltsplan zusammen mit seinen MitarbeiterInnen, insbesondere mit Jana Weinbrecht entwickelt, abgestimmt und den Ortschaftsrat auf dem Laufenden gehalten hat. Für Ortsverwaltung und Ortschaftsrat besteht über die Investitionspauschale mit jährlich 16 € pro Einwohnerin ein gewisser Gestaltungsspielraum für Investitionen bis zu einer Höhe von 40.000 €. Insgesamt fordert die Haushaltslage Einsparungen um 10% auch bei der Investitionspauschale. Noch vorhandene Mittel aus der bereits gekürzten Investitionspauschale für 2022/2023 stehen aktuell nicht frei zur Verfügung, sondern gewünschte Vorhaben werden eventuell nachträglich priorisiert und die Mittel hierfür freigegeben.

Der Ortsteilhaushaltsplan für Neureut sieht für die kommenden zwei Jahre ein Investitionsvolumen von knapp 13,2 Millionen Euro vor. Davon machen die weiteren Baumaßnahmen am Schulzentrum den Löwenanteil mit 10 Millionen aus und die Baumaßnahmen in der Badnerlandhalle umfassen 1,25 Millionen. Für die Ausstattung der Schulen sind knapp 600.000 € vorgesehen, hiervon 360.000 € aus Sondermitteln des Bundes für die EDV-Ausstattung. Diese Investitionen sind für eine zeitgemäße und zugleich zukunftsorientierte Ausbildung der jungen Generation unentbehrlich. Rund 550.000 € für Tiefbaumaßnahmen beinhalten vor allem Erschließungsmaßnahmen am Gartenberg (350.000 €), aber unter anderem auch

Energieeinsparung bei der Straßenbeleuchtung (30.000 €) und die Sanierung des Heidesees (20.000 €).

Befürwortet wird auch die fortlaufende Erneuerung von weiteren Spielplätzen gerade in Coronazeiten. Wir sind gespannt auf die aktualisierten Planungen zur Calisthenicsanlage im Grünzug östlich des Schulzentrums. Diese Anlage wurde bereits mit den Mitteln aus dem laufenden Haushalt bewilligt und soll zeitnah umgesetzt werden. Offen ist noch ein geeigneter Standort für eine Skateranlage, der möglichst zwischen Nordstadt und Neureut liegen sollte. Leider wurde das umfangreiche Radwegekonzept Neureuts und seine Umsetzung noch nicht bei Finanzplanung für den kommenden Doppelhaushalt berücksichtigt.

Für den aktuellen Umbau des Sitzungssaales im Neureuter Rathaus stehen bereits Mittel zur Verfügung. Probesitzen war bereits heute möglich. Die SPD-Fraktion favorisiert die Restaurierung der bisherigen Sessel der Ortschaftsräte, soweit dies möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Auch im Sitzungssaal wird die digitale Ausstattung nicht nur den Sitzungen des Ortschaftsrates, sondern auch den Besprechungen, Sitzungen und Schulungen der Verwaltung zugutekommen. Eine umsichtige Personalplanung durch Ortsvorsteher Achim Weinbrecht wird sich vor allem im Bereich des Bürgerservice bemerkbar machen, der einen großen Einzugsbereich über Neureut hinaus hat.

Der Leiter des Karlsruher Friedhofs- und Bestattungsamtes Matthäus Vogel stellte nicht nur in der gestrigen Ausgabe der Sendung „Heute“ neue Bestattungsformen vor, sondern vor kurzem auch das neue Grabfeld auf dem Neureuter Hauptfriedhof mit seiner harmonischen Wegeführung unter Bäumen. Die Grabsteine für je zwei Urnengräber werden aus alten Grabsteinen gefertigt und eine in Blattform gestaltete Anlage wird für Einzelurnengräber vorgesehen. Das alles wird eingebettet in Farne, Gräser, dezent blühende Stauden und einzelne Büsche.

Ins Auge fallend, pflegeleicht und insektenfreundlich ist auch eine neue Wiesenmischung im öffentlichen Grün, die etwa „Hinter den Scheunen“ mit kanadischem Mohn, Cosmea, roten Zinnien und anderen Blumen dieses Jahr seit Monaten sehr ansprechend blüht und sich auch für andere Grünflächen empfiehlt. Auch in die Neuanpflanzung am Bärenweg könnten einzelne dieser Blühpflanzen integriert werden. Hier werden künftig Staudenbeete und Blumenwiesen eine klimafreundliche Variante zur bisherigen Situation bilden. Auch die Neubepflanzung der Wellenbeete am Siegfried-Buback-Platz ist nun möglich und im kommenden Haushalt eingeplant. All diese nicht unbedingt kostenintensiven Maßnahmen bereichern das Ortsbild und laden gerade in Coronazeiten zum Spaziergang ein.

Trotz der Sparmaßnahmen wird sich Neureut in den nächsten Jahren deutlich weiterentwickeln. Die SPD-Fraktion stimmt dem Ortsteilhaushaltsplan 2022/2023 für Neureut zu. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit“.

Für die **FDP-Ortschaftsratsfraktion** erteilt deren **Fraktionsvorsitzender Ole Reher** ebenfalls seine Zustimmung und sagt: „Guten Abend auch von Seite der FDP-Fraktion, vor einem Jahr habe ich eingeleitet mit dem Satz eine besondere Situation galt es zu meistern durch die Corona Pandemie. Leider haben wir diese sehr kräftezehrende und anstrengende Situation immer noch. Unser Leben ist immer noch eingeschränkt und es ist noch nicht möglich, in normalen Bahnen zu gestalten und zu organisieren.

Heute dürfen wir den Ortsteilhaushaltsplan 2022/2023 für Neureut verabschieden und die FDP-Fraktion hat viele Positionen davon in Sitzungen behandelt und besprochen.

Die Neureuter FDP begrüßt natürlich, dass ein großer Teil der Gelder in die Infrastruktur der Neureuter Schulen fließt und vor allen Dingen die EDV-Ausstattung

auf aktuellen Stand gebracht und gehalten wird. Vor wenigen Wochen haben uns die Schulleiter vom Schulzentrum Neureut die aktuelle Situation vorgestellt und waren mit den bisherigen Anschaffungen auch zufrieden.

Dass wir unsere Freiwillige Feuerwehr schon immer im Focus haben und die Anschaffungen in diesem Bereich für absolut notwendig erachten, ist für uns selbstverständlich. Die Neureuter Wehr gibt uns Sicherheit, unterstützt die Bevölkerung in vielen Bereichen und was mit nichts gleichzusetzen geht, sie rettet Leben. Danke Euch.

Verwaltung/Rathaus

Ohne Zweifel, das Rathaus ist auch in die Jahre gekommen und viele Dinge stehen schon lange hinten an. Dass wir in die Technik investieren müssen und diese Ausgaben auch von uns begrüßt werden, ist absolut richtig und leicht nachzuvollziehen. Neuester Stand bei der EDV und der Telefonanlage sowie ein vernünftig ausgestatteter Sitzungssaal sind für ein zielorientiertes und erfolgreiches Arbeiten grundlegende Dinge. Wir erhoffen uns als FDP- Fraktion, dass die Kundenzufriedenheit sich dadurch deutlich verbessert und unsere Verwaltungsmitarbeiter dadurch eine bessere Grundlage am Arbeitsplatz für die Erledigung ihrer Geschäfte vorfinden als bisher.

Im Neureuter Wegenetz sehen wir noch viel mehr Bedarf als die Maßnahmen die in Angriff genommenen werden und unterstützen die geplanten Maßnahmen. Wir hoffen aber auch, dass es nicht zu einem Sanierungsstau bei den von uns markierten Straßen kommt, die seitens der Verwaltung für noch nicht sanierungsbedürftig eingestuft wurden. Uns ist natürlich bewusst, dass die Stadt in den nächsten Jahren und wahrscheinlich noch lange Zeit zum Sparen verpflichtet ist, wir wissen aber auch, das kaputte Straßen sowohl unfallgefährdend sein können als auch große Lärmquellen darstellen und manches mehr.

Verschuldung, Sparen, Zukunft

Diese Worte begleiten uns schon eine ganze Weile und wie bei der Bundesregierung ist auch in Karlsruhe-Neureut immer deutlicher zu spüren, welche Vorgaben, die das Sparen betreffen, in Karlsruhe immer mehr einprasseln. Dennoch stehen auch in Neureut einige Großprojekte an, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen bzw. umgesetzt werden müssen.

So hoffen wir, dass unser neues Neureuter Hallenbad so schnell als möglich gebaut werden kann. Es wird einiges an finanziellen Mitteln notwendig sein, um ein attraktives Familienbad für Neureut zu bauen. Hier werden wir schon in nächster Zeit wieder aktiv werden müssen, um mit der Verwaltung dieses für uns so wichtige Projekt voranzutreiben. Hier tauchen schon Fragen auf, wie es mit einem Zeitplan aussieht oder ob vielleicht ein Investor mit ins Boot genommen werden muss bei der finanziellen Situation der Stadt Karlsruhe.

In diesem Zusammenhang hoffen wir natürlich auch, dass die Kosten bei der Sanierung im Schulzentrum und der Badnerlandhalle nicht zu sehr aus dem Ruder laufen und es auch nicht zu größeren Verzögerungen dieser Sanierungsprojekte kommt und der Regelbetrieb sobald als möglich wieder aufgenommen werden kann. Wir wünschen uns alle eine für Neureut sinnvolle Anbindung der zweiten Rheinbrücke, die nicht so geplant werden sollte, dass sie durch eine falsche Positionierung den Verkehr durch Neureut fließen lässt. Hier gilt es wachsam zu sein, um den richtigen Zeitpunkt nicht zu verpassen, einzugreifen, wie bei vielen anderen Projekten, die Neureut betreffen, auch.

Ebenso freuen wir uns, dass in hoffentlich nächster Zeit die Trassenführung für die 380 KV Leitung beschlossen wird, um den für uns so wichtigen Strom in

ausreichender Menge zu gewährleisten. Auch hier gilt allerdings, sehr wachsam zu sein betreffend der Route, auf der die Trasse gebaut bzw. verlegt wird. Wir möchten keine Trassenführung, die an unser Wohngebiet angrenzt und so den Unmut der dort wohnenden Bevölkerung hegt.

In aller Munde die Elektromobilität

Vor kurzem haben wir als FDP-Fraktion einen Antrag hierzu gestellt, da wir und da sind wir nicht alleine im Neureuter Ortschaftsrat, die notwendige Infrastruktur als nicht gegeben sehen. Auch hier ist uns bewusst, dass viel Geld und Planung notwendig sein werden, um für unsere Bürger das sicherzustellen, für das die Regierung heute schon wirbt. Der Ausbau z.B. der Ladeinfrastruktur macht das Anschaffen von elektrischen Fortbewegungsmitteln für den Verbraucher oftmals erst interessant.

Ein sehr komplexes und schwieriges Thema mit dem der Laie auch manchmal zu kämpfen hat. Aber es ist relativ einfach zu verstehen, wer z.B. in einer Mietwohnung lebt und einen wechselnden Parkplatz hat, der kann sich keine Ladestation/Wallbox zuhause installieren. Und wenn bei fast 20000 Einwohnern in Neureut vier öffentliche Ladestationen zur Verfügung stehen, dann werden die Zulassungszahlen von Hybrid- und vollelektrischen Fahrzeugen weiterhin eher zurückhaltend sein.

Tiefengeothermie

Um auf die Geothermie noch kurz einzugehen, möchte ich folgendes sagen, Wir sehen diese nachhaltige Form der Energiegewinnung nach wie vor als positive Form der Energiegewinnung an. Was uns allerdings durch inzwischen viele Gespräche auch bewegt, ist natürlich die Standortfrage. Unter keinen Umständen möchten wir unsere Bevölkerung oder deren Hab und Gut gefährdet wissen und ich denke, darin liegt auch diese große Schwierigkeit. Ein 100 % sicheres Gutachten und eine 100 % Absicherung für alles Notwendige müsste wohl in dem Paket festgeschnürt sein, um der Neureuter Bevölkerung die notwendige Sicherheit und Zuversicht zu geben, um dieses Projekt zu unterstützen oder wenigstens mitzutragen. Ein ganz wichtiger Punkt wird hierzu sein, die Bevölkerung mitzunehmen und in Veranstaltungen mit der Verwaltung, dem Ortschaftsrat und den Fachleuten das Thema ausreichend und mit der notwendigen Sorgfalt zu diskutieren.

Zurück zu unserem Haushalt und den Geldern, die wir nun freigeben. In vielen Positionen sehen wir den Einsatz von IP Mitteln als gerechtfertigt und wichtig. Gerade in den Bereichen, in denen die üblichen Mittel nicht eingesetzt werden können, hilft die Investitionspauschale Dinge zu realisieren, die sonst nicht umzusetzen wären.

Wir sind dankbar als Neureuter Ortschaftsräte zusammen mit der Verwaltung hier Dinge für Neureut und deren Einwohnern gestalten und lenken zu dürfen und wünschen uns allen für Neureut ein gutes Miteinander. An dieser Stelle bedanke ich mich bei den Mitarbeitern der Ortsverwaltung und hier stellvertretend heute Abend bei unserem Ortsvorsteher Achim Weinbrecht“.

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt dem Ortsteilhaushaltsplan 2022/2023 (investiver Finanzhaushalt mit IP) für Neureut zu.

**Zu Punkt 2 der T.O.: Antrag von Frau Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis
auf Ausscheiden aus dem Ortschaftsrat**

Seit Mai 2014 gehört **Grünen-Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis** dem Neureuter Gremium an – nun zieht sie aus Karlsruhe weg und kann damit diese ehrenamtliche Tätigkeit nicht mehr ausüben.

Erstmals sei sie, blickt der Vorsitzende bei der Verabschiedung zurück, mit 2527 Stimmen am 30. Juli 2014 in das Neureuter Gremium gewählt worden, bei ihrer Wiederwahl im Jahre 2019 konnte sie ihr Stimmergebnis fast verdoppeln – mit 4588 Stimmen habe sie die meisten Stimmen aller Kandidatinnen und Kandidaten aus Neureut erreicht.

Der Vorsitzende charakterisiert die Politikerin als sachlich, ehrlich und kompromissbereit. Sie habe engagiert die Grünen Neureuter Interessen vertreten. Mit ihrem feinen Gespür, ihrer zurückhaltenden positiven Art, immer um Ausgleich bemüht und auf fairen menschlichen Umgang miteinander bedacht, habe sie für eine wohltuende Stimmung in den Gremiumssitzungen gesorgt. Immer habe sie ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte ihrer Mitmenschen gehabt.

In den Mittelpunkt Wirkens stellte sie die Gerechtigkeit und den Ausgleich der verschiedenen Interessen. Gerne seien ihr Rat und ihre Meinung gehört worden, unterstreicht der Vorsitzende. Sie könne auf eine kurze, aber sehr erfolgreiche kommunalpolitische Laufbahn zurückblicken. Dr. Hansis habe die Entwicklung „Neureuts mitgestalten dürfen und sich um Neureut bleibende Verdienste erworben.

Für dieses ehrenamtliche Engagement dankt ihr der Vorsitzende sehr herzlich!

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stellt fest, dass bei Frau Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis ein Grund zum Ausscheiden aus dem Ortschaftsrat Neureut vorliegt und gibt dem Antrag auf Ausscheiden statt.“

Der Vorsitzende unterbricht kurz die Sitzung, um auch dem Ehemann, Prof. Dr. Martin Hansis für sein Engagement in Neureut zu danken, vor allem dass er dafür sorgte, dass die hausärztliche Versorgung in Neureut den Stand wie heute habe, und überreicht ein kleines Präsent. Dazu erinnert er auch an die Impfkation, die er fachlich unterstützte und lässt das Engagement als Kirchengemeinderat in Nord nicht unerwähnt.

Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht ergänzt, dass bei der Neureuter Turngemeinde er maßgeblich am Aufbau der Rehagruppe beteiligt war.

Zu Punkt 3 der T.O.: **Berufung der Nachfolgerin von Frau Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis, hier: Feststellen von Hinderungsgründen bei Frau Bega Sander und des Nichtvorliegens von Hinderungsgründen bei Frau Petra Sander zum Nachrücken in den Ortschaftsrat**

Nach der vorangegangenen Feststellung, dass für das Ausscheiden von Frau Ortschaftsrätin Dorothee Hansis Gründe im Sinne von §13 in Verbindung mit § 15 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vorliegen, rücken Frau Bega Sander bzw. im Anschluss Frau Petra Sander aufgrund des Wahlergebnisses vom 22.05.2019 (konstituierend am 02.07.2019) in den Ortschaftsrat nach. Frau Bega Sander und Frau Petra Sander wurden zeitgleich von der Tatsache des Nachrückens in den Ortschaftsrat am 20.09.2021 schriftlich benachrichtigt. Frau Bega Sander hat auf entsprechende Anfrage mitgeteilt, dass sie die Wahl nicht annehmen könne, wegen Aufnahme eines Studiums in Jena ab Oktober 2021.

Frau Petra Sander hat erklärt, dass Sie die Wahl annehmen werde. Gleichzeitig hat sie erklärt, dass ein Hinderungsgrund für den Eintritt in den Ortschaftsrat gemäß § 29 (1) GemO bei ihr nicht vorliegt. Diese Erklärung genügt nach dem Gesetz jedoch nicht. Daher hat der Ortschaftsrat formal festzustellen, ob bei Frau Bega Sander ein Hinderungsgrund gegeben ist und bei Frau Petra Sander nicht.

Nach Erkenntnissen der Ortsverwaltung liegt ein Hinderungsgrund für das Nachrücken von Frau Bega Sander vor, für Frau Petra Sander liegt kein Hinderungsgrund vor.

Es kommt einstimmig zu **zwei Beschlüssen**:

Beschluss 1:

Der Ortschaftsrat stellt gemäß § 29 (5) GemO fest, dass Frau Bega Sander, gemäß Wahlergebnis der GRÜNE vom 22.05.2019 als Ersatzbewerberin anstelle der ausscheidenden Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis für die restliche Amtszeit in den Ortschaftsrat entsprechend § 31 (2) GemO nicht nachrückt, da ein Hinderungsgrund nach § 29 (1) GemO gegeben ist.

Beschluss 2:

Der Ortschaftsrat stellt gemäß § 29 (5) GemO fest, dass Frau Petra Sander, gemäß Wahlergebnis der GRÜNE vom 22.05.2019 als übernächste Ersatzbewerberin anstelle der ausscheidenden Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis für die restliche Amtszeit in den Ortschaftsrat entsprechend § 31 (2) GemO nachrückt und ein Hinderungsgrund nach § 29 (1) GemO nicht gegeben ist.

Zu Punkt 4 der T.O.: **Antrag auf Ausweisung des Bereiches „Neureuter Platz von Bärenweg bis Grünewaldstraße“ als Fußgängerzone mit dem Zusatz „Radfahrer frei“**

Der Neureuter Platz bis zur Grünewaldstraße ist ein wichtiger Mittelpunkt in Neureut. Eine Vielzahl an Geschäften mit neuem Einkaufsmarkt und die Badnerlandhalle sind dort angesiedelt, der Wochenmarkt erfreut sich großer Beliebtheit.

Mit der angedachten Erweiterung des Wochenmarktes und zusätzlichen Ständen ist es zum Schutz der Fußgänger sinnvoll, den im Plan dargestellten Bereich als Fußgängerzone auszuweisen mit dem Zusatz Radfahrer frei.

In einer Fußgängerzone haben Fußgänger absoluten Vorrang. Mit dem Zusatzschild „Radfahrer frei“ ist das Radfahren in Schrittgeschwindigkeit erlaubt. Radfahrende müssen aber immer Rücksicht auf den Fußverkehr nehmen. Gefährden Radfahrende Fußgänger in einer Fußgängerzone mit zugelassenem Radverkehr, droht ihnen ein Bußgeld.

Das Zusatzzeichen 1022-10 „Radverkehr frei“ erlaubt es Radfahrern Straßen und Wege zu befahren, die ansonsten für den Radverkehr gesperrt wären (Benutzungsrecht). Das Zusatzzeichen „Radverkehr frei“ kann unter die Verkehrszeichen „Gehweg“, „Verbot der Einfahrt“ oder „Fußgängerzone“ angebracht werden.

Ferner soll folgende Ausnahme ergänzend zulässig sein: An Markttagen ist die Zufahrt für Marktbesucher zulässig. Diese dürfen die ihnen zugewiesenen Standplätze zu den Marktzeiten anfahren.

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat Neureut stellt den Antrag auf Ausweisung des Bereichs „Neureuter Platz über Bärenweg bis Grünewaldstraße“ als Fußgängerzone mit dem Zusatz

„Radfahrer frei“ und bittet das Ordnungsamt, Straßenverkehrsstelle, um entsprechende weitere Veranlassung.

Zu Punkt 5 der T.O.: Gestaltung des neuen Gräberfeldes auf dem Hauptfriedhof Neureut

Die Gestaltung des neuen Gräberfeldes wird nach Vorstellung durch das Friedhofs- und Bestattungsamt sowie Darstellung der Steinmetz- und Grabmahlbetriebe Ringwald & Schmidt und der Gärtnerei Ball zugestimmt. Es werden Steine verschiedener Struktur und Materialien aus alten Grabsteinen herausgetrennt, angefertigt und verwendet. Die Steine sollen in Vierergruppen angeordnet werden, je Stein können zwei Urnen beigesetzt werden. Dem Wurzelwerk und Schatten durch große Bäume geschuldet, werden entsprechende Pflanzen berücksichtigt. Ein Informationsflyer wird seitens Friedhofs- und Bestattungsamt erstellt und interessierten Bürgern zur Verfügung gestellt.

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat Neureut stimmt der Gestaltung des neuen Gräberfeldes auf dem Hauptfriedhof Neureut nach Vorstellung des Friedhofs- und Bestattungsamtes bei der mobilen Sitzung des Ausschusses am 20.10.2021 zu.

Zu Punkt 6 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung

6.1

Der **Vorsitzende** informiert:

Es liegt ein Schreiben der ev. Kirchengemeinde Nord sowie der Katholischen Kirchengemeinde Hardt zu einer Veranstaltung am 24.11. um 19.30 Uhr „Runder Tisch Soziales Neureut“ im Gemeindehaus von Judas Thaddäus in Neureut vor. „Für ein soziales Miteinander. Die Fraktionen sollen je einen Vertreter zu dieser Veranstaltung nennen. Dazu wird von zwei Fraktionen hingewiesen, dass ihre Mitgliederversammlung zeitgleich stattfindet.“

Nun möge gebeten werden, den Termin dieser Veranstaltung zu verlegen, damit den Fraktionen Gelegenheit zur Teilnahme ermöglicht werde.

Die Einladung soll dem Gremiumsmitgliedern morgen zugesandt werden.

Zu Punkt 7 der T.O.: Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat

7.1

Ortschaftsrätin Siglinde Andor fragt nach, ob nochmals eine Impfkaktion in Neureut nochmals angeboten werden könne?

In diesem Zusammenhang weist **Ortschaftsrat Marcus Hillmer** noch auf das Problem geeigneter Räumlichkeiten hin. Logistische Probleme sehe er auch bei den Hausärzten. Nicht jeder Hausarzt würde Booster spritzen.

Antwort

Mit den Verantwortlichen, die die letzte Impfkaktion mitorganisiert haben, soll Kontakt aufgenommen werden. Die Neureuter Hausärzte seien bereits aktiv, auch in Seniorenwohnheimen.

7.2

Ortschaftsrat Bernd Kalusche macht abermals auf den im Mai behandelten Antrag zur Temporeduzierung auf der Linkenheimer Landstraße aufmerksam.

Die Antwort des Ordnungsamtes habe dort keinen Unfallsschwerpunkt attestiert.

Nun seien hier mittlerweile drei schwere Unfälle passiert – damals sei angeregt worden, den neuen Leiter des Ordnungsamtes zu einem Besuch in den Ortschaftsrat einzuladen.

Antwort:

Der Leiter des Ordnungsamtes, Herr Lipp, habe bereits sein Kommen in den Ortschaftsrat zugesagt, sobald entsprechende Themen vorhanden seien.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: